

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1978 – März

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der konjunkturelle Rückgang, der sich in der zweiten Hälfte von 1977 abgezeichnet hatte, setzte sich zum Jahreswechsel 1977/1978 nicht weiter fort. Die Auftragseingänge in den letzten Monaten deuten wieder auf eine leichte Belebung hin, durch die die rückläufige Tendenz gestoppt werden dürfte.

Darüberhinaus sind allerdings keine Anzeichen sichtbar, die auf eine Wende der wirtschaftlichen Entwicklung hindeuten. Noch immer sind stagnante Kräfte vorherrschend, die labile Situation hält an.

Die Währungsverschiebungen der letzten Monate – die Abwertung von Dollar, Franc und Norwegischer Krone – haben die Unsicherheiten im Welthandel erneut vergrößert. Hinzu kommt, daß sich in einzelnen Bereichen Handelsbeschränkungen häufen, die von den nationalen Regierungen zum Schutze bestimmter einheimischer Wirtschaftszweige errichtet werden.

In Verbindung mit insgesamt ungünstigen konjunkturellen Aussichten der kapitalistischen Weltwirtschaft wird das zu einer Verlangsamung im Welthandel führen. Daher ist nicht zu erwarten, daß vom Export in absehbarer Zeit deutlich expansive Impulse auf die Wirtschaft der BRD ausgehen werden.

Gleichzeitig sind auch von der Seite der Inlandsnachfrage keine zusätzlichen Impulse zu erwarten, wenn nicht die laufenden Lohnbewegungen zu deutlich über den Vorjahresergebnissen liegenden Abschlüssen führen sollten. Zwar würden auch bei Abschlüssen in der Größenordnung des Vorjahrs die Nettoeinkünfte gesamt stärker ansteigen. Denn die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen werden im laufenden Jahr voraussichtlich dazu führen, daß der Belastungsgrad 1978 nicht weiter ansteigt. Allerdings wird die Sozialabgabenbelastung leicht zunehmen.

Den positiven Effekten der Steuerbeschlüsse auf die Kaufkraft stehen jedoch auch negative Momente gegenüber.

Ins Gewicht fällt vor allem die Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr. Da zudem der angesteuerte Steigerungssatz der Renten in den nächsten Jahren kaum mehr als die Preissteigerungsrate decken dürfte, wird sich das dämpfend auf das Ausgabeverhalten der Rentner auswirken.

Außerdem beinhaltet das System der Arbeitslosenversicherung eine mit der Zeitdauer der Arbeitslosigkeit sinkende Unterstützungszahlung.

Während die Sozialleistungen im umfassenden Sinne in den vergangenen Jahren kaufkraftstabilisierend gewirkt haben, dürfte dieser konjunktuell positive Effekt 1978 ausfallen oder sich sogar in sein Gegenteil verkehren.

Schließlich wird auch die Anhebung der Mehrwertsteuer – wenn auch mit einigen Monaten Verzögerung – Auswirkungen auf die Preisentwicklung haben, so daß 1978 mindestens mit einer ähnlichen Inflationsrate wie 1977 zu rechnen ist.

Belebungsimpulse werden dagegen vom Ausgabengebaren der öffentlichen Hand erwartet, nachdem der Staat in den vergangenen zwei Jahren eindeutig gebremst hat. Vor allem die Bauwirtschaft verzeichnet einen Anstieg der öffentlichen Bauaufträge.

Über das Ausmaß der positiven Impulse bestehen jedoch große Zweifel. Denn in aller Regel wirken die Finanzierungsschwierigkeiten der Gemeinden expansiven Absichten der Bundesregierung entgegen.

Die private Investitionstätigkeit hängt gegenwärtig in hohem Maße von der Nachfrageentwicklung ab. Der hohe Ersatz- und Rationalisierungsbedarf gewährleistet zwar eine gewisse Kontinuität, reicht aber für expansive Impulse nicht aus. Diese könnten nur von Erweiterungsinvestitionen ausgehen. Es ist jedoch einsichtig, daß diese auch bei einer sehr günstigen Konstanzsituation – wie sie seit 1976 zu verzeichnen ist – nur getätigten werden, wenn mit einer deutlichen Verbesserung des Auslastungsgrads ge-

rechnet werden kann. Davon aber kann keine Rede sein.
In der Gesamtperspektive der nächsten Monate zeichnen sich also aktuell keine wesentlichen Veränderungen ab. Daher müssen auch die Wachstumsprognosen für 1978 – obwohl sie schon vergleichsweise vorsichtig sind – mit großer Skepsis betrachtet werden. Denn eine Wachstumsrate von 3 bis 3,5 Prozent für das Jahr 1978 kann nur erreicht werden, wenn es im Jahresverlauf zu einer deutlichen Belebung kommt. Dafür aber gibt es zur Zeit keine Anzeichen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1977
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenhandel

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmertgewinne
- 2.2 Steuerpflichtige Vermögen

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1977*

Im Jahre 1977 hat sich das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Industrieländern deutlich abgeschwächt: Die Verlangsamung wirkt deshalb besonders negativ, weil sie, kaum daß diese Länder sich von der großen Rezession 1974–1975 erholt hatten, eingetreten ist. In der Gesamtheit der kapitalistischen Hauptländer ist die Zuwachsrate des BSP von 5,6 Prozent 1976 auf 4 Prozent 1977 zurückgegangen. Diese Zuwachsrate ist wesentlich niedriger als die, die in dem der inflationistischen (1973) und rezessiven Phase vorausgegangenen Jahrzehnt erzielt wurde. Wie aus der Abbildung hervorgeht, war 1977 nur in den USA die Wachstumsrate höher als die des Trends. Die Perspektiven für 1978 sind alles andere als ermutigend: Es wird ein weiteres Absinken der Zuwachsrate auf 3,5 Prozent vorausgesagt. Die Situation erscheint noch düsterer, wenn man bedenkt, daß die Produktionsverlangsamung nicht von einer grundlegenden Verbesserung an der Preisfront begleitet war. Hierin liegt der wesentliche Unterschied zu der Situation der kapitalistischen Industrieländer in den sechziger Jahren. Während im Zeitraum 1963–1972 das BSP durchschnittlich um fast 5 Prozent und die Verbraucherpreise um rund 3,5 Prozent stiegen, war die Wachstumsverlangsamung 1977 von einer hohen Inflationsrate (7,5 Prozent, wie 1976) begleitet.

Die Bruttoanlageinvestitionen, die in der Aufwärtsphase der vorausgegangenen Zyklen den Motor des Wiederaufschwungs darstellten, zeigen jetzt eine sehr gedämpfte Dynamik. In allen kapitalistischen Hauptländern lagen sie 1977 noch unter dem Stand von 1973. Die Abschwächung der Investitionsneigung der Unternehmen könnte als Symptom für eine allgemeine abwartende Haltung über die kurz- und mittelfristige Entwicklungsperspektive der Produktion und des Einkommens betrachtet werden. Symptomatisch hierfür ist die behutsame Strategie der japanischen Unternehmen heute, während sie bis 1973 eine sehr expansive Investitionspolitik betrieben.

Besonders stark war 1977 die Verlangsamung der Industrieproduktion. Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Expansion im Laufe des Jahres in fast allen Ländern deutlich abgeschwächt; in Italien kam es im zweiten Halbjahr sogar zu einer erheblichen Abnahme der Produktion. In der Gesamtheit der kapitalistischen Hauptländer ist die Zuwachsrate von 8,7 Prozent 1976 auf weniger als 4 Prozent 1977 geschrumpft. In einigen Ländern, wie Japan und Großbritannien, ist die Produktion im verarbeitenden Gewerbe Ende 1977 noch nicht auf ihr Höchsniveau Ende 1973 zurückgekehrt. Der schleppende Rhythmus der Industrieproduktion wird von der Entwicklung der Kapazitätsauslastung bestätigt, die Ende 1977 – je nach Ländern – um 3 bis 10 Prozentpunkte niedriger als der durchschnittliche Auslastungsgrad im Zeitraum 1964–1973 war.

In drei Jahren hintereinander verharnte die Arbeitslosenzahl in den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt auf 17 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 6 Prozent gleichkommt. Die OECD-Prognose für 1978 sieht keine nennenswerte Verbesserung vor. Die Tabelle zeigt, daß in den USA ein Abbau der Arbeitslosigkeit eingetreten ist, während die anderen kapitalistischen Hauptländer eine Verschlechterungstendenz dieses Phänomens aufgewiesen haben; das trifft besonders für Italien und Großbritannien zu. Das günstige Resultat der USA wurde unter anderem durch eine Wirtschaftspolitik erzielt, die deutlich expansiver als die der BRD und Japans war, aber es wurde mit einer Wiederbelebung der Inflation und einer enormen Steigerung des Leistungsbilanzdefizits erkauft. Das ist ein zusätzlicher Beweis dafür, daß selbst der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht imstande ist, die gleichzeitige Verwirklichung von Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zu gewährleisten.

Wie schon erwähnt, sind die Verbraucherpreise in der Gesamtheit der kapitalistischen Hauptländer mit einem ähnlichen Tempo wie 1976 (7,5 Prozent) gestiegen. Zum Jahresende hat sich die Verteuerung in den Ländern gemildert, die die höchste Inflationsrate zeigten (Italien und Großbritannien), während sie sich in Nordamerika tendenziell beschleunigte (s. Tabelle³). Die Weltrohstoffpreise haben im Laufe der Zeit einen dämpfenden Einfluß auf das Preisniveau in den einzelnen Ländern ausgeübt. Nachdem sie zwischen Dezember 1975 und März 1977 kontinuierlich zugenommen haben (24 Prozent), sind sie von

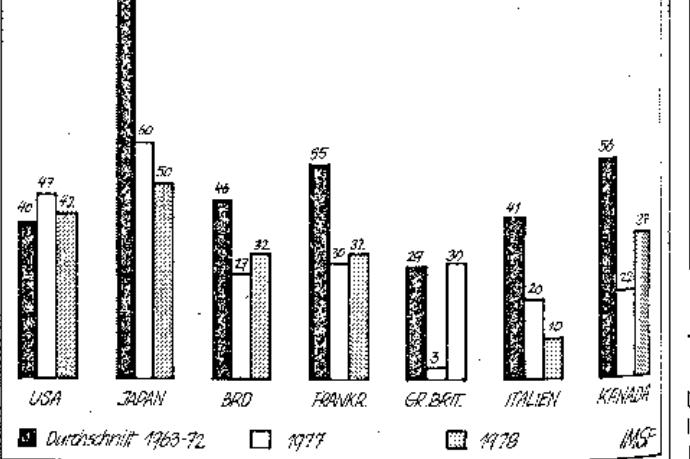
März bis Dezember 1977 um 5 Prozent zurückgegangen, wobei sich die Nahrungsmittelpreise um 11 Prozent verringerten.

Im Vergleich zu 1976 hat sich der Welthandel stark abgeschwächt; Real ist er um 4 Prozent gewachsen, gegenüber einem Zuwachs von 11,5 Prozent 1976. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung ist eine Steigerung des Passivsaldo der Leistungsbilanz der entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt zu beobachten (s. Abbildung²). Schwerwiegend an dieser Entwicklung ist aber die Zunahme des Ungleichgewichts innerhalb dieser Ländergruppe. Einerseits ist das Handelsdefizit der USA von 9 Milliarden Dollar 1976 auf 27 Milliarden 1977 emporgeschossen, andererseits haben die anderen kapitalistischen Hauptländer entweder ihre Überschußposition verbessert (BRD, Japan und Kanada), oder ihr Passivsaldo stark abgebaut (Italien, Frankreich und Großbritannien).

Auf den internationalen Devisenmärkten kam es 1977 zu einer hektischen Spekulationswelle gegen den Dollar. Zuerst im Juli und dann mit größerer Vehemenz von Oktober bis Dezember wurde die US-Währung unter starken Druck gesetzt. Im Vergleich zu Dezember 1976 zeigte der Dollar im Januar 1978 eine Abwertung von 18 Prozent gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen, von 12 Prozent gegenüber der DM und dem Pfund. Nicht gerade überzeugend klingen die von verschiedenen Seiten angegebenen Gründe für den Dollarverfall. So schrieb die Morgan Bank in ihrem Monatsbericht vom Dezember 1977 „World Financial Markets“: „Die Veränderungen des Wechselkurses der wichtigsten Währungen waren kohärent mit den Veränderungen in dem Kosten- und Preisniveau in den einzelnen Ländern. Die Wechselkurse bewegen sich im Einklang mit der gegenwärtigen und voraussehbaren Position der Leistungsbilanz.“ Die Währung sieht ein bißchen anders aus: Es ist erstaunlich, daß die Währung der Schweiz, die 1977 eine Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz und insbesondere ihrer Handelsbilanz hinnehmen mußte, sich dem Dollar gegenüber am stärksten aufgewertet hat. Auch das unterschiedliche Kosten- und Preisniveau kann die Abwertung des Dollars nicht erklären. Die Lohnstückkosten haben 1977 um 5,5 Prozent in den USA, 6 Prozent in Japan und 10 Prozent in Frankreich und Großbritannien zugenommen, und auch die Verbraucherpreise sind in den USA weniger als in den genannten Ländern gestiegen, aber trotzdem hat der Dollar gegenüber jenen Währungen an Wert verloren. Tatsache ist, daß die bürgerlichen Ökonomen fest an die Steuerbarkeit des kapitalistischen Systems glauben, selbst in seinem labilen Bereich, den Devisenmärkten, obwohl die Labilität dieser Märkte in den letzten Jahren besonders zugenommen hat, nachdem der Eurodollarmarkt enorme Ausmaße angenommen hat, das Finanzkapital die Währungsspekulation immer attraktiver findet und die Erdöl länder ihre Geldkapitalüberschüsse in den Ländern mit stärksten Währungen zu investieren suchen.

* Dieser Abschnitt wurde von Walter Michell verfaßt.

Reales Bruttonsozialprodukt der größten kapitalistischen Industriestaaten Jährliche Zuwachsraten in Prozent



Veränderung der Industrieproduktion 1976/77 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1976	Jahr ²	1977 ¹			
			1. VI.	2. VI.	3. VI.	4. VI. ²
USA	10,2	5,6	4,9	5,9	5,8	6,0
Japan	13,6	4,4	8,6	4,9	2,2	2,6
BRD	6,9	2,9	5,4	2,7	0,9	2,0
Frankreich	8,7	0,8	5,7	1,6	—	0,8
Großbritannien	1,1	1,2	3,9	1,0	—	-1,0
Italien	12,5	0,8	12,9	0,8	-2,2	-7,0
Kanada	5,1	3,3	4,3	2,8	2,9	3,7

1 Saisonbereinigte Angaben

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, Main Economic Indicators, Februar 1978)

Arbeitslosigkeit 1975–1977 in 1000 in den größten kapitalistischen Industriestaaten

	1975	1976 ¹	1977 ¹	
			1. Hj.	2. Hj. ²
USA	7 830	7 086	7 518	7 323
Japan	2 000	2 170	2 140	2 140
BRD	1 074	1 086	1 025	1 020
Frankreich	840	929	942	1 035
Großbritannien	929	1 236	1 315	1 330
Italien	915	962	1 088	1 445
Kanada	697	718	758	837
Zusammen	14 285	14 187	14 786	15 130

1 Saisonbereinigte Angaben

2 Vorläufige Zahlen

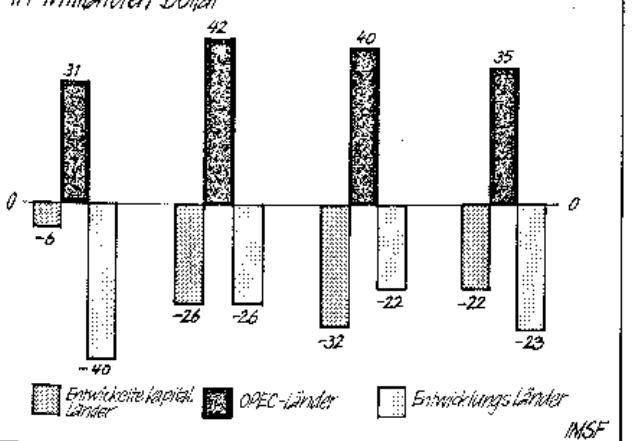
(Quelle: OECD, Main Economic Indicators, Februar 1978)

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1976/77 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1976	Jahr	1977 ¹			
			1. VI.	2. VI.	3. VI.	4. VI.
USA	5,8	6,5	5,8	6,7	6,6	6,7
Japan	9,3	8,2	9,5	8,9	8,0	6,2
BRD	4,5	3,9	4,0	3,8	4,0	3,7
Frankreich	9,6	9,5	9,0	9,8	9,9	9,2
Großbritannien	16,5	15,8	16,0	17,3	16,7	13,1
Italien	16,8	19,5	22,5	19,8	19,8	15,8
Kanada	7,5	8,0	6,7	7,6	8,4	9,2

(Quelle: OECD, Main Economic Indicators, Februar 1978)

Salden der Leistungsbilanz in Milliarden Dollar



1.2 Sozialprodukt

Das abgelaufene Jahr machte die Veränderungen besonders deutlich, die im Ablauf des Zyklus der kapitalistischen Konjunktur in den letzten Jahren eingetreten sind. Der „Aufschwung“ nach der Krise

1974/75 dauerte nur wenig mehr als ein halbes Jahr, dann gewannen bereits Verlangsamungstendenzen die Oberhand. Im Laufe des Jahres 1977 ging die Wirtschaft der Bundesrepublik – bei erheblichen Unterschieden zwischen den Wirtschaftszweigen – in Stagnation über, die auch gegenwärtig noch nicht voll überwunden ist. Gegenüber dem Vorjahr war insgesamt nur noch ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen.

Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik

	In Mrd. DM ¹	In % gegenüber dem Vorjahr nominal	In % gegenüber dem Vorjahr real
1973	920,1	+ 11,2	+ 4,9
1974	986,9	+ 7,3	+ 0,4
1975	1031,1	+ 4,5	- 2,5
1976	1124,9	+ 9,1	+ 5,7
1977	1193,4	+ 6,1	+ 2,4

1 In jeweiligen Preisen, d. h. nominal
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/78, S. 11)

Die jahrsdurchschnittliche Wachstumsrate ist in den letzten fünf Jahren demnach nicht viel größer als zwei Prozent gewesen.

Auf der Nachfrageseite wurde diese Entwicklung von allen großen Bereichen verursacht, vor allem der Export und die öffentliche Nachfrage verlangsamen sich stark. Lediglich die Lagerbildung vergrößerte sich – ein Zeichen der wachsenden Absatzschwierigkeiten.

Verwendung des Bruttonsozialprodukts 1977

	In Mrd. DM¹	In % gegenüber dem Vorjahr² 1976	In % gegenüber dem Vorjahr² 1977

<tbl_r cells="4" ix="4" maxcspan

Da die Prognosen schon für 1977 ein völliger Fehlschlag waren, dürfen auch die Voraussagen für 1978 kein großes Vertrauen genießen. Obwohl die erwarteten Wachstumsraten im Jahresdurchschnitt nur wenig über dem Ergebnis von 1977 liegen, müßte sich die Entwicklung im Verlauf des Jahres 1978 doch erheblich beschleunigen. Vorerst sind aber keine Faktoren sichtbar, die einen solchen neuen „Aufschwung“ auslösen könnten. Daher hängen die gedämpft optimistischen Projektionen der offiziellen Instanzen ebenso in der Luft wie die vom Vorjahr.

1.3 Produktion

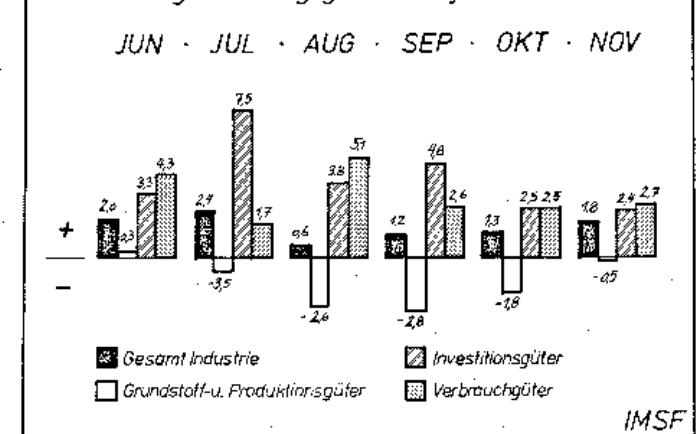
Die industrielle Produktion („produzierendes Gewerbe“ in der neuen statistischen Abgrenzung) nahm im Jahresverlauf 1977 nicht mehr zu und lag im Jahresdurchschnitt nur wenig über dem Vorjahresergebnis. Allerdings sind die Ziffern aus technischen Gründen noch immer unsicher. Die nachträglichen Korrekturen durch das statistische Bundesamt geben zwar kein grundsätzlich neues Bild, haben aber trotzdem ein erhebliches Ausmaß.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	+2,0	+2,4	+0,6	+1,2	+1,3	+1,6	+4,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+0,3	-0,7	-2,6	-2,8	-1,8	-0,2	-3,0
Investitionsgüter	+3,3	+7,5	+3,8	+4,8	+2,5	+2,5	+5,6
Verbrauchsgüter	+4,3	+1,7	+5,1	+2,6	+2,5	+1,7	+6,9

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/78, S. 65; Wirtschaftswoche, 6/78, S. 14)

Nettoindustrieproduktion Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr



Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0
Eisenschaffende Industrie	-- 8,3	-10,9	-11,4	- 5,4	+ 1,4
Chemische Industrie	- 0,4	- 3,3	- 2,9	- 0,2	+ 1,3
Maschinenbau	+ 1,5	+ 0,3	+ 3,9	- 0,1	- 1,0
Straßen- fahrzeugbau	+15,1	+ 0,6	+ 5,1	+ 3,8	+ 7,4
Elektrotechnik	+ 8,9	+ 7,8	+ 6,5	+ 4,5	+ 1,3
EDV-Geräte	+57,9	+35,2	+36,4	+45,8	+38,7
Textilgewerbe	-13,4	+ 9,0	+ 1,5	- 2,2	- 1,8
Bekleidungs- gewerbe	- 6,5	- 2,9	- 4,3	- 4,1	- 0,8
Bauhaupt- gewerbe	+ 2,5	- 1,7	- 0,5	+ 0,5	+ 1,7

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: BMWI-Monatsbericht, 1/78)

Die schon in den vorangegangenen Berichten festgestellte Differenzierung zwischen einzelnen Branchen hat sich in den letzten Monaten – mit Ausnahme der EDV-Produktion – etwas verringert, wenn von den Wachstumsraten ausgegangen wird. Allerdings sind die Unterschiede in Auslastungsgrad und Auftragslage beträchtlich, so daß von keiner einheitlich schlechten Wirtschaftslage gesprochen werden kann.

Einen hohen Auslastungsgrad verzeichnet noch immer die Automobilindustrie, die ihre Produktion 1977 um 6 Prozent auf 4,1 Millionen Fahrzeuge steigern konnte. Dieser Zuwachs bezieht sich allerdings nur auf Pkw. Die Produktion von Nutzfahrzeugen sank sogar um 2 Prozent. Gegen Ende des Jahres expandierte die Nachfrage nochmals, getrieben von der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 1978. Den vorgezogenen Bestellungen zum Jahresende wird ein „Auftragsloch“ in den ersten Monaten dieses Jahres folgen, so daß von der Automobilindustrie insgesamt schwächere Wachstumsimpulse ausgehen dürften als im Vorjahr.

Differenziert ist die Situation in der Elektroindustrie: einer ausgesprochen expansiven Entwicklung der Datentechnik steht eine schwache Entwicklung bei elektrotechnischen Investitionsgütern gegenüber.

Auch im Bereich elektrotechnischer Gebrauchsgüter sind Abschwächungstendenzen festzustellen.

Die Stahlindustrie gehört noch immer zu den Branchen mit den größten Einbrüchen. Die Rohstahlproduktion der Bundesrepublik lag 1977 um 8 Prozent unter dem Vorjahresstand. Im Januar 1978 zeichnet sich jedoch eine leichte Belebung ab. Trotz eines gegenwärtig niedrigen Auslastungsgrades von etwa zwei Dritteln werden die Kapazitäten – wenn auch verlangsamt – erweitert. So ist der Produktionsrückgang nicht nur Ausdruck der verlangsamten Konjunkturentwicklung, sondern auch Folge von Umstrukturierungen, die den Importanteil von Rohstahl vergrößert haben.

Der Maschinenbau hat seine Stagnationstendenzen noch immer nicht überwunden. Die chemische Industrie konnte 1977 noch einen leichten Zuwachs erzielen, wobei die Chemiefaserindustrie unter Überkapazitäten leidet. Im Weltmaßstab wuchs die Produktion von Kunstfasern aber immerhin noch um 6 Prozent. Überkapazitäten wurden inzwischen auch im Kunststoffbereich aufgebaut.

Differenziert stellt sich auch die Situation in der Bauwirtschaft dar. Während die öffentlichen Tiefbauaufträge sich im Jahresverlauf etwas erholt haben, ging das Förderungsvolumen im öffentlichen Wohnungsbau erneut kräftig zurück. Für 1978 wird insgesamt eine Verbesserung erwartet, da die Aufträge aus dem öffentlichen 16-Milliarden-DM-Programm zu Buche schlagen werden. Ein Unsicherheitsfaktor ist dabei allerdings das Verhalten der Gemeinden, die bei der herrschenden Finanzknappheit oft zu Auftragskürzungen neigen. Außerdem werden weder vom Wirtschaftsbau noch vom Wohnungsbau zusätzliche Impulse ausgehen.

Eine leichte Verbesserung der Auftragseingänge der Industrie gegen Jahresende 1977 hin deutet darauf hin, daß der Einbruch zur Jahresmitte sich nicht fortsetzt.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitions- güter		Verbrauchs- güter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Juli	-18,5	-19,5	-7,0	-4,1	-29,1	-31,7	+ 0,9	-1,4
Aug.	+ 0,4	- 0,6	-3,7	-0,8	- 0,6	- 4,0	+12,9	+ 9,9
Sept.	+ 0,1	- 0,9	+0,3	+3,5	- 1,1	- 4,4	+ 2,6	+ 1,0
Okt.	+ 4,9	+ 4,1	-1,8	+1,2	+10,3	+ 6,5	+ 3,3	+ 2,0
Nov.	+ 6,9	+ 5,8	-1,2	+1,5	+13,6	+ 9,9	+ 3,5	+ 2,3
Dez.	+ 3,1	- 2,6	-	+ 6,1	-	+ 4,4	-	-

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(1) Wertindex (2) Volumenindex
(Quelle: BMWI-Monatsbericht, 1/78; Frankfurter Allgemeine v. 10. 2. 78)

Auch in saisonbereinigter Betrachtung ist in den letzten Monaten eine Auftragsbelebung festzustellen. Diese Verbesserung ist aber fast ausschließlich der Entwicklung bei den Investitionsgütern zuzuschreiben, wo besonders bei den Inlandsaufträgen einige Großbestellungen zu Buche schlagen. Dadurch wird das Bild erfahrungsgemäß überzeich-

net, so daß Rückschlüsse etwa auf eine endgültige Überwindung der Stagnationsphase nicht gezogen werden können. Keine Verbesserungen weist die Auftragslage bei den Grundstoffen und bei den Verbrauchsgütern aus.

Wie schon in den letzten Berichten festgestellt wurde, ist der Auftragszuwachs wesentlich den Inlandsbestellungen zu verdanken, obwohl auch die Auslandsaufträge noch auf einem sehr hohen Niveau liegen.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarb. Gewerbe insgesamt	Grundstoffe u. Produktionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Juli	- 2,3	- 9,8	+ 2,1	+ 2,0
August	+ 2,1	- 5,7	+ 3,6	+12,8
September	+ 3,9	- 0,9	+ 8,3	+ 2,7
Oktober	+ 4,9	- 3,1	+11,8	+ 3,7
November	+ 7,7	- 6,4	+21,4	+ 3,2
Dezember	+ 4,9	- 4,3	+11,5	+ 4,3

Inland	Verarb. Gewerbe insgesamt	Grundstoffe u. Produktionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Ausland				
Juli	-43,2	+ 1,6	-55,7	- 5,4
August	- 4,5	+ 2,6	- 8,8	+ 8,5
September	- 8,2	+ 4,3	-14,5	+ 2,1
Oktober	+ 5,0	+ 2,2	+ 7,1	+ 0,8
November	+ 4,7	+13,9	+ 1,0	+ 5,2
Dezember	- 0,7	+ 2,8	- 2,8	+ 5,2

¹ Wertindex, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: BMWI-Monatsbericht, 1/78; Frankfurter Allgemeine v. 10. 2. 78)

potentials. Gesamtwirtschaftlich wuchs es 1977 um etwa 2,5 Prozent, in der verarbeitenden Industrie sogar nur noch um 1 Prozent.

Da auch die Produktion nur langsam zunahm, verbesserte sich der Auslastungsgrad der Kapazitäten in der Gesamtwirtschaft nicht mehr.

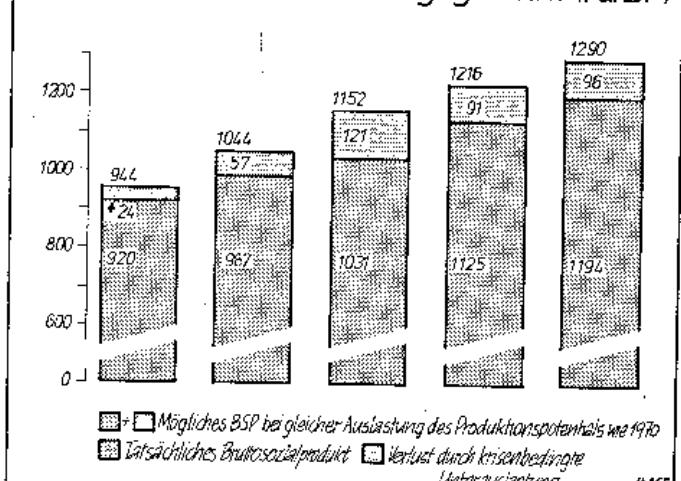
Der Sachverständigenrat beziffert den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials für 1977 – ebenso wie 1976 – mit etwa 92,5 Prozent. Dabei wird der Auslastungsgrad von 1970 als „Vollauslastung“ mit 100 Prozent als Ausgangspunkt genommen. Das heißt, bei einer Auslastung wie 1970 hätte 1977 das Bruttosozialprodukt etwa 96 Milliarden DM größer sein können als es tatsächlich war.

Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

1970	100,0 %
1971	98,5 %
1972	97,5 %
1973	98,0 %
1974	94,5 %
1975	89,5 %
1976	92,5 %
1977	92,5 %

(Quelle: Sachverständigenrat 1977/78, S. 59)

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential u. Auslastungsgrad in Mrd DM



Jahresende wieder eine leichte Verbesserung festzustellen war, so ist der Auslastungsgrad insgesamt noch so niedrig, daß mit einer Vergrößerung der Erweiterungsinvestitionen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

1.5 Außenhandel

Die Expansion des Außenhandels war 1976 und teilweise auch noch 1977 die wichtigste Kraft des „Aufschwungs“ gewesen. Ohne eine überproportionale Ausweitung der Exporte wäre die konjunkturelle Belebung noch wesentlich schwächer ausgefallen.

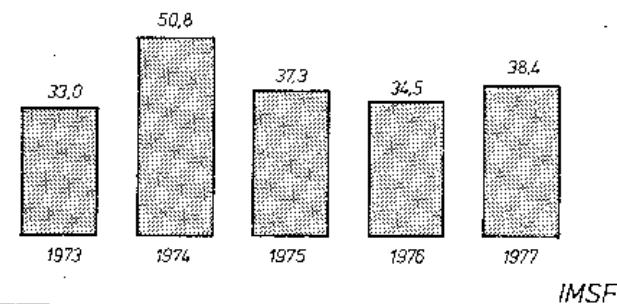
Im zweiten Halbjahr 1977 hat sich der Exportzuwachs stark verlangsamt, allerdings keineswegs stärker als das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Trotz dieser Verlangsamung wurde 1977 der zweithöchste Exportüberschuß in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt.

Außenhandel der BRD

	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	%	Saldo Mrd. DM	%
1973	178,4	+19,7	145,4	+11,4	+33,0	+62,6
1974	230,6	+29,3	179,7	+23,6	+50,8	+53,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	-27,6
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,6	+34,5	- 7,5
1977	273,5	+ 6,6	235,1	+ 5,8	+38,4	+11,3

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.; Frankfurter Allgemeine v. 26. 1. 78)

Außenhandel der BRD Exportüberschuß in Mrd. DM



In den Berichtszeitraum fallen erneute Unruhen im kapitalistischen Währungssystem. Der spektakuläre Verfall des Dollarwerts 1977/78 war dabei ein spekulativ verstärkter Ausdruck des Ungleichgewichts der amerikanischen Handelsbilanz, die mit einem Rekorddefizit von rund 30 Milliarden Dollar abschloß. Die Abwertung des Franc im Februar 1978 hat sowohl politische als auch ökonomische Gründe. Die französische Regierung und das französische und internationale Kapital bereiteten sich intensiv auf die Parlamentswahlen vor. Ihr Hauptargument: der Sieg einer Linkspartei würde zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zu Kapitalflucht und zur Zerrüttung der Finanzen führen. Die Spekulation gegen den Franc – für die internationalen Konzerne nebenbei auch ein Geschäft – demonstriert so die Macht des Kapitals.

Allerdings steht es auch mit der französischen Wirtschaft nicht zum besten. Die Handelsbilanz ist – wenn auch gegenüber 1976 verringert – defizitär, die Industrieproduktion stagniert, die Inflationsrate liegt bei 10 Prozent, die Arbeitslosenquote beträgt 7 Prozent.

Die Währungsunruhen veranlaßten die fünf größten kapitalistischen Länder (USA, Japan, BRD, Frankreich und Großbritannien) am 11./12. Februar zu einer „Geheimkonferenz“ der Regierungschefs und der Notenbankpräsidenten. Dabei scheint es zu erneuten Konflikten vor allem zwischen den USA auf der einen und der BRD und Japan auf der anderen Seite gekommen zu sein. Die USA verlangen von ihren Konkurrenten eine stärker expansive Wirtschaftspolitik, die der USA einen Abbau ihres Handelsbilanzdefizits erlauben würde. Als Druckmittel dient dabei der Wechselkurs des Dollar: Der amerikanische Finanzmi-

nister Blumenthal drohte unverhüllt mit einer weiteren Dollarabwertung – die auch kurz nach den Gesprächen einsetzte.

Kurzfristig sind die Auswirkungen der Währungsschwankungen auf den Welthandel nicht allzu groß. Vor allem der Export der Bundesrepublik mit seinem hohen Investitionsgüteranteil ist gegen Währungsschwankungen relativ unempfindlich. Der Aufwertung der DM steht außerdem eine hohe Inflationsrate in den meisten Exportländern gegenüber, so daß die negativen Effekte dadurch annähernd ausgeglichen werden. Das belegt eine Untersuchung der „Reisegeld-Partnern“ durch die Commerzbank im Februar 1978. Demnach wurde der Kaufkraftvorteil der DM (als Folge der Aufwertung) in fast allen anderen Ländern durch die dortige hohe Inflationsrate aufgezehrt.

Zudem muß noch berücksichtigt werden, daß der konzerninterne „Handel“ der internationalen Gesellschaften von Wechselkursänderungen kaum berührt wird.

Die Klagen der Exportkonzerne über die DM-Aufwertung müssen also zumindest als stark übertrieben bezeichnet werden. Auf kurze Sicht jedenfalls sind kaum negative Auswirkungen zu erwarten.

Auf längere Sicht setzt jedoch die mit den Währungsunruhen verbundene Aufwertung der DM der ständigen Exportexpansion gewisse Grenzen: Wenn nun von den Unternehmen und der Bundesregierung der drohende Verlust der internationalen Konkurrenzfähigkeit an die Wand gemalt wird, so muß herausgestellt werden, daß die Ereignisse auf den internationalen Devisenmärkten im Kern nur die Antwort auf die einseitige exportorientierte wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung sind.

Neben den ständig wiederkehrenden Währungsturbulenzen belasten aber auch protektionistische Maßnahmen den Welthandel. Hervorzuheben ist im Berichtszeitraum insbesondere die Einführung von „Antidumping-Zöllen“ für Stahl durch die EG. Dadurch soll verhindert werden, daß die in der EG gültige Mindestpreisregelung – das ist nichts anderes als ein Kartellpreis – aus Drittländern unterboten wird.

Die internationale Konjunkturverlangsamung hat in Verbindung mit den großen Ungleichgewichten, den Wechselkursverschiebungen und den auf verschiedenen Gebieten verfügbaren Einfuhrsperrern die Expansion des kapitalistischen Welthandels gebremst. Real wuchs er 1977 nur noch um 4,5 Prozent. Für 1978 wird wieder mit einer leichten Beschleunigung der Wachstumsrate auf 5 bis 6 Prozent gerechnet. Aber auch diese Hoffnung ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Auf keinen Fall sind vom internationalen Handel in der nächsten Zeit kräftige Impulse zu erwarten, die der Situation des Jahres 1976 vergleichbar sind.

Trotzdem ist mit einer Einschränkung des internationalen Handels, etwa vergleichbar der Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise 1929/33, auf keinen Fall zu rechnen. Dem steht schon die enge Verflechtung der kapitalistischen Produktion durch die internationalen Konzerne entgegen, die sowohl Währungsverschiebungen als auch direkte Handelsbeschränkungen oder Zölle unterlaufen können.

2. Unternehmergevinne und Konzentration

2.1 Unternehmergevinne

Die Gewinnsituation der BRD-Wirtschaft war 1977 wesentlich ungünstiger als ursprünglich erwartet. Die Profitexpansion von 1976 konnte nicht fortgesetzt werden. Das ist jedoch die Folge, nicht etwa die Ursache der Konjunkturverlangsamung.

Trotzdem gibt es für die meisten großen Unternehmen keinen Grund zum Klagen. Auch 1977 hat es eine merkliche Steigerung der Erträge gegeben.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	1976 Mrd. DM	% ¹	1977 Mrd. DM	%	1978 ² Mrd. DM	%
Brutto	252,3	+15,4	263,5	+ 4,5	290,0	+10,0
darunter:						
des Staates ³	7,6	–	11,5	–	13,5	–
der Unternehmen	259,9	+16,4	275,5	+ 6,0	303,5	+10,5
Steuerabzüge	53,8	+22,0	65,0	+20,5	61,0	- 6,0
Netto	206,1	+15,1	210,5	+ 2,0	242,5	+15,5
Entnommene Gewinne u. Vermögenseinkommen	193,0	+11,0	204,5	+ 6,0	225,5	+10,0
Nichtentnommene Gewinne	13,2	–	6,0	–	17,0	–

1 In % gegenüber dem Vorjahr

2 Der Staat bezahlt „negative“ Vermögensrückläufe, da die Zinszahlungen für öffentliche Kredite an die Banken die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit übersteigen.

3 Prognose des DIW

[Quelle: DIW-Wochenbericht, 3-4/78, S. 43]

2.2 Steuerpflichtige Vermögen

Ein Teil des von der Bundesregierung beschlossenen „Steuerpakets“ beinhaltet die Senkung der Vermögensteuer für „natürliche“ Personen von 0,7 auf 0,5 Prozent und für „juristische“ Personen (Gesellschaften) von 1,0 auf 0,7 Prozent. Im kommenden Jahr wird diese Maßnahme den Vermögensteuerpflichtigen eine Entlastung von etwa 1,3 Milliarden DM bringen.

Profitieren davon wird eine kleine Gruppe von weniger als einem Prozent der Bevölkerung, wie die Statistik der Vermögensteuerpflichtigen zeigt.

Vermögensteuerpflichtige natürliche Personen

	1966	1969	1972
Anzahl (In 1000)	454	500	543
Vermögen (In Mrd. DM)	138,5	168,1	200,8

[Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.]

In den erfaßten 6 Jahren (neuere Daten liegen noch nicht vor) stieg das Vermögen der Steuerpflichtigen um 45 Prozent, ihre Zahl um weniger als 20 Prozent. Berücksichtigt werden muß zudem, daß die Bewertungspraxis der Vermögensgegenstände eine systematische Unterbewertung enthält. So wird z. B. bei den Grundvermögen der „Einheitswert“ von 1935 (seit 1974: von 1964) zugrunde gelegt. Auch die Bewertung der Aktienvermögen erfolgt mit dem Kurswert zum Stichtag, so daß der tatsächliche Wert der erfaßten Vermögen oft unterschätzt wird.

In den erfaßten 6 Jahren (neuere Daten liegen noch nicht vor) stieg das Vermögen der Steuerpflichtigen um 45 Prozent, ihre Zahl um weniger als 20 Prozent. Berücksichtigt werden muß zudem, daß die Bewertungspraxis der Vermögensgegenstände eine systematische Unterbewertung enthält. So wird z. B. bei den Grundvermögen der „Einheitswert“ von 1935 (seit 1974: von 1964) zugrunde gelegt. Auch die Bewertung der Aktienvermögen erfolgt mit dem Kurswert zum Stichtag, so daß der tatsächliche Wert der erfaßten Vermögen oft unterschätzt wird.

Vermögen natürlicher Personen

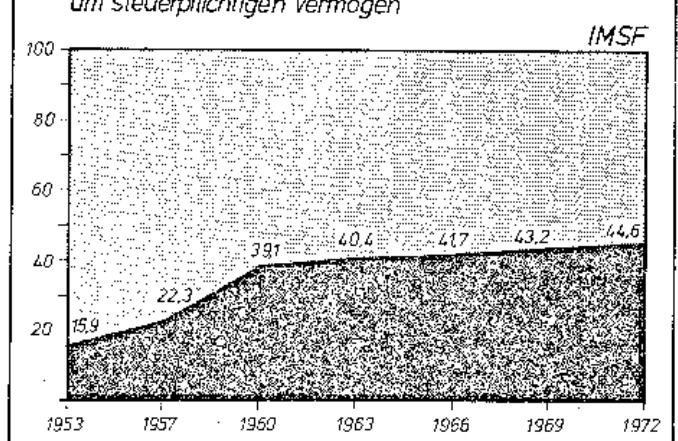
	1966 (1)	1969 (2)	1972 (1)	1972 (2)
Unter 30 000	4,2	0,4	3,1	0,3
30 000 bis 100 000	43,6	10,9	39,5	9,1
100 000 bis 500 000	44,0	34,4	48,1	34,5
500 000 bis 1 Mill.	4,7	12,5	5,4	13,0
Über 1 Mill.	3,4	41,7	3,8	43,2

(1) Anteil der Steuerpflichtigen in %;

(2) Anteil der Vermögen in %

[Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.]

Anteil der Vermögensmillionäre am steuerpflichtigen Vermögen



Demnach verfügt eine winzige Gruppe von 22 000 Personen mit einem steuerpflichtigen Vermögen von über einer Million über fast die Hälfte der versteuerten Vermögen, d. h. über 74,3 Milliarden DM.

Millionäre in der BRD

	1966	1969	1972
Millionäre	15247	19107	22000
Summe der Millionenvermögen	49,0 Mrd.	62,6 Mrd.	74,3 Mrd.
Durchschnittliches Millionenvermögen	3,2 Mill.	3,3 Mill.	3,4 Mill.
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)			

Der Kern der Vermögen in einer kapitalistischen Industriegesellschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln in den großen Unternehmen und Konzernen, ist in dieser Statistik nur indirekt über den Besitz an Wertpapieren, erfaßt. Diese sind mit dem tatsächlichen Vermögen der Gesellschaften aber nicht identisch. Allerdings dürfte der weitaus größte Teil dieses „fiktiven Kapitals“, d. h. vor allem der Aktien, im Besitz der kleinen Gruppe der vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen sein: Nach einer Erhebung von 1966 – neuere Zahlen liegen nicht vor – verfügten 160 000 Personen über 90 Prozent aller Aktien und Investmentzertifikate im Besitz von natürlichen Personen.

Steuerpflichtige juristische Personen¹

	1966	1969	1972
Steuerpflichtige (In 1000)	50	55	64
Gesamtvermögen (In Mrd.)	99,7	124,5	135,6

1 Gesellschaften usw.

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Die tatsächlichen Vermögen liegen auch hier weit höher: Die Bewertungsfreiheit der Konzerne erlaubt es, beträchtliche Vermögensanteile der Besteuerung zu entziehen.

Die Konzentration innerhalb dieser Gruppe von Kapitalgesellschaften und Körperschaften ist noch weit größer als bei den natürlichen Personen.

Vermögen juristischer Personen nach Größenklassen

	1966 (1)	1969 (2)	1972 (1)	1972 (2)
Unter 100000	52,9	0,9	53,8	0,9
100000 bis 1 Mill.	33,1	5,7	32,1	4,7
1 Mill. bis 10 Mill.	11,2	17,0	11,7	16,0
Über 10 Mill.	2,5	76,4	2,7	78,4
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)				

Nur 1570 juristische „Personen“ verfügten 1972 über ein steuerpflichtiges Vermögen von 107 Milliarden DM, während etwa 36300 Körperschaften ein Vermögen von knapp 1,4 Milliarden DM auf sich vereinigten.

Wenn auch noch keine aktuelleren Daten vorliegen, so zeigen die Statistiken der Vermögensteuern doch, daß von einer Entwicklung in Richtung auf eine breitere Vermögensstreuung nicht die Rede sein kann: sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen ist im Gegenteil eher eine Tendenz zur Vermögenskonzentration zu registrieren.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die bisher vorliegenden Zahlen für 1977 erlauben nur eine vorläufige Schätzung der Lohnentwicklung.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1977

	In Mrd. DM	In % gegenüber Vorjahr
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ¹	668	+ 7
Bruttolöhne und -gehälter	546	+ 7
Sozialbeiträge	73	+ 7,5
Lohnsteuer	92	+ 11
Nettolöhne und -gehälter	381	+ 6
Nettoarbeitseinkommen	–	+ 6
je Abhängigen	–	+ 2
Realeinkommen je Abhängigen	–	+ 2

1 Einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 3-4/78, S. 43)

Wie die zu niedrige Schätzung der Lohnsteuerentwicklung zeigt, dürfte die tatsächliche Entwicklung eher noch etwas langsamer verlaufen sein.

Im Verlaufe des Jahres hat sich die Lohnentwicklung deutlich verlangsamt. Das zeigt schon die Statistik der Tarifeinkommen.

Tarillöhne und -gehälter¹

	Tarifeinkommen	Löhne und Gehälter je Beschäftigten
1975	+ 8,5	+ 7,2
1976	+ 5,9	+ 7,0
1977	+ 6,8	+ 6,9
1. Vj.	+ 6,9	+ 7,2
2. Vj.	+ 7,0	+ 7,2
3. Vj.	+ 6,7	+ 6,7
4. Vj.	+ 6,6	+ 6,4

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/78, S. 69*)

Diese Tendenz wurde verstärkt durch die Umkehrung der Lohndrift. Vor allem infolge der zunehmenden Kurzarbeit und der rückläufigen Überstundenzahlen nehmen die Effektivverdiene gegenwärtig langsam zu als die Tarifeinkommen.

Lohndrift 1977¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Arbeiter	+ 0,7	+ 0,1	- 1,9
Angestellte	+ 0,7	+ 0,6	0,0

1 Differenz im prozentualen Anstieg von Effektiv- und Tarifeinkommen
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 7/78, S. 81)

Als Folge der Konjunkturverlangsamung hat die Arbeitsproduktivität insgesamt etwas langsamer zugenommen.

In der Gesamtwirtschaft stieg die Produktion je Erwerbstätigen um etwa 3 Prozent, im produzierenden Gewerbe um etwa 3,5 bis 4 Prozent je Beschäftigten. Trotz dieser Verlangsamung aber stieg die reale Produktionsleistung deutlich rascher als das Realeinkommen der Beschäftigten, so daß sich die relative Reallohnposition weiter verschlechtert haben dürfte.

3.2. Steuern

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind 1977 trotz einiger entlastender Maßnahmen weiter kräftig angestiegen.

Steuereinnahmen¹ 1977

	In Mrd. DM	In % gegenüber Vorjahr
Insgesamt	299,6	+ 11,8
darunter:		
Lohnsteuer	90,8	+ 12,6
Veranlagte Einkommensteuer	35,5	+ 15,1
Körperschaftsteuer	16,8	+ 42,1
Umsatzsteuer	39,4	+ 7,7

1 Bund, Länder und Gemeinden

(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 11/1978)

Trotz der Heraufsetzung des Weihnachtsfreibetrages stiegen die Lohnsteuerabführungen nahezu doppelt so schnell wie die Löhne.

Durchschnittsbelastung der Löhne und Gehälter¹

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ²
Durchschnittsbelastung									
insgesamt	23,02	23,96	25,28	27,22	28,38	28,06	29,83	30,80	30,31
darunter durch:									
Lohnsteuer	11,16	12,08	12,91	14,10	15,14	14,59	15,52	16,34	15,71
Sozialversicherung	10,87	10,79	11,20	11,75	11,79	12,52	13,30	13,39	13,59

1 Anteile der Abgaben in %

2 Prognose des Ifo-Instituts für Wirtschaftsordnung

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 4/1978, S. 9)

Überzeichnet ist der Anstieg der Körperschaftsteuer durch die Auswirkungen der Reform vom 1. Januar 1977. Ein großer Teil der von den Unternehmen bezahlten Steuern wird dieses Jahr den Aktionären angerechnet werden und zu einem Rückgang der veranlagten Einkommensteuern führen.

Die Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer wird infolge der verschiedenen Entlastungsmaßnahmen (vgl. „Informationen, Nr. 4/1977“) 1978 nicht ansteigen. Allerdings wird es auch zu keiner nennenswerten relativen Entlastung kommen, d. h., die Bruttolöhne und die Nettolöhne werden im laufenden Jahr annähernd gleich schnell ansteigen. Infolge erhöhter Beitragsbemessungsgrenzen und Beitragserhöhungen bei einzelnen Krankenkassen wird jedoch die Belastung durch die Sozialabgaben leicht ansteigen.

Gleichzeitig hat die DM-Aufwertung den Import verbilligt, vor allem die Rohstoffe. Am Jahresende lagen die Importpreise sogar um 2 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Die Lebenshaltungskosten haben sich auch im Berichtszeitraum – entgegen den Erwartungen – weiter leicht beruhigt.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 hat sich auf den Preisindex noch nicht ausgewirkt, da die Vorräte im Handel noch beträchtlich sind. Mit einer gewissen Zeitverzögerung wird sich die Steuererhöhung aber sicher auf die Preise auswirken und den Lebenshaltungskostenindex hochtreiben. Insgesamt muß im laufenden Jahr mit Preissteigerungen mindestens im Umfang von 1977 gerechnet werden. Denn der gegenwärtige Rückgang der Inflationsrate hängt entscheidend mit der Sonderentwicklung für stark saisonabhängige Güter zusammen, die im Vergleich zum Vorjahr – damals waren sie sprunghaft angestiegen – zum Teil wesentlich billiger sind. Während die saisonabhängigen Nahrungsmittel im Dezember 1977 um 2,4 Prozent billiger waren als im Vorjahr (gegenüber einem Preisanstieg um 14,1 Prozent im Vorjahr), stieg der Preisindex für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Lebensmittel mit 3,9 Prozent sogar stärker als im Vorjahr. Das gleiche gilt für Dienstleistungen.

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Für mehr als 12 Millionen Arbeiter und Angestellte stehen bis Ende April 1978 neue Lohn- und Gehaltstarife zur Verhandlung. Nach der Eisen- und Stahlindustrie folgt die Metallverarbeitung, der öffentliche Dienst, Bahn und Post, der Bereich Handel, Banken und Versicherungen, die chemische Industrie, das Baugewerbe, die Druckindustrie, Textil und Bekleidung sowie der Steinkohlenbergbau.

Schon der Beginn der Tarifrunde in der Stahlindustrie, Metallindustrie und in den Seehäfen zeigt, daß die Unternehmerorganisationen ihre strategische lohnpolitische Linie der Veränderung der Verteilungspositionen zugunsten der Profite mit aller Härte durchsetzen wollen, allerdings aber auch auf erheblichen Widerstand aus der Arbeiterklasse stoßen. Unterstützt wird diese Orientierung der Lohnpolitik durch die Gutachten der bürgerlichen Wirtschaftsinstitute, des Sachverständigenrates und durch Verlautbarungen der Bundesregierung. Die fünf Wirtschaftsinstitute verlangen in ihrem Herbstgutachten niedrigere Abschlüsse als 1977. Das RWI in Essen fordert sogar eine Lohnpause. Der Sachverständigenrat empfiehlt aus „beschäftigungspolitischen“ Gründen eine Begrenzung auf 3,5 Prozent.

Lebenshaltungskosten¹

	Insgesamt in % gegenüber Vorjahresmonat	Ohne Saisonwaren in % gegenüber Vorjahresmonat

<tbl_r cells="3" ix="1" maxcspan="

Durch diesen Flankenschutz ermuntert, verlangten die Unternehmer in der Eisen- und Stahlindustrie, bei Chemie und im Groß- und Außenhandelsbereich Nordrhein-Westfalens eine Lohnpause, d. h. die Verlängerung der bestehenden Verträge. Im Bereich Seeschiffahrt gelang ihnen sogar eine solche Verlängerung auf 11 Monate im „Austausch“ mit manteltariflichen Veränderungen, die im Gegensatz zur zuständigen Großen Tarifkommission vom Hauptvorstand der ÖTV akzeptiert wurde. Die Reduzierung der Lohnforderung auf 7 Prozent in der Stahlindustrie bedeutete ebenfalls ein Zurückweichen vor diesem Druck.

Beispiele offensiver Tarifpolitik gab – wie schon in den vergangenen Jahren – die Gewerkschaft Holz und Kunststoff Ende 1977 und Anfang 1978, indem sie die Lohn- und Gehaltsbewegung mit mehreren Streiks einleitete. Im November 1977 sprachen sich in einer Urabstimmung 97,5 Prozent der 5000 Karosseriebauer in Niedersachsen und Bremen für einen Streik zur Durchsetzung der Lohn- und Gehaltsforderung von 7,8 Prozent aus. Nach zwei, in Einzelfällen drei Tagen Streik konnte eine Erhöhung von 6,65 Prozent erreicht werden, der 55 Prozent in einer zweiten Abstimmung zustimmten. Als eine Auswirkung des Arbeitskampfes ist auch der Erfolg bei den nachfolgenden Manteltarifverhandlungen zu werten, bei der eine stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1983 auf insgesamt 6 Wochen u. a. vereinbart wurde.

Nachdem die Unternehmer im Tischlerhandwerk und in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Westberlins der Gewerkschaftsforderung nach 9 Prozent Lohn- und Gehaltsverbesserung ein Angebot von 3,3 Prozent entgegengesetzt hatten, sprachen sich in einer Urabstimmung 92,4 Prozent für einen Streik aus, der am 20. Januar 1978 begann. Nach einem mehrtägigen Arbeitskampf stimmte eine knappe Mehrheit der Arbeiter und Angestellten für die Annahme des folgenden Abschlusses: eine erste Erhöhung der Einkommen um 5,6 Prozent ab Januar und 0,8 Prozent ab Oktober 1978; eine Verlängerung des Urlaubs 1978 um einen Tag und Aufstockung bis 1981 auf 6 Wochen. Damit hat die GHK in mehreren Bereichen den Durchbruch zum 6-Wochen-Urlaub erreicht.

Nach 33 Tagen Streik konnte am 10. Februar 1978 im Saarland ein Firmen tarifvertrag bei der Fensterbaufirma Petri, die nicht dem Arbeitgeberverband angehört, durchgesetzt werden, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 5,4 Prozent vorsieht. Während des Streiks waren die 70 Beschäftigten zeitweise ausgesperrt worden.

Unter Ausnutzung der Arbeitsplatzunsicherheit in der Eisen- und Stahlindustrie legten die Unternehmer nach vier Verhandlungsrunden am 18. Januar ein provokatives Angebot vor, die Einkommen ein halbes Jahr gar nicht und dann 6 Monate um 3,5 Prozent zu erhöhen, das bedeutet durchschnittlich also um 1,75 Prozent. Die während und nach dieser Verhandlungsrunde in Krefeld einsetzende Warnstreikbewegung zeigt, daß die Unternehmer offensichtlich die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten unterschätzt haben.

Nachdem auch die 5. Verhandlungsrunde am 3. Februar ergebnislos verlaufen war, forderte am 8. Februar die Große Tarifkommission die Durchführung einer Urabstimmung. Im Gegensatz zu früheren Jahren verschob sich die Stahlrunde vom Herbst bis in das neue Jahr und verlief damit fast parallel zur Tarifbewegung in der Metallindustrie.

In den meisten Tarifbezirken der Metallindustrie wurde von der IG Metall eine achtprozentige Lohn- und Gehaltsverbesserung gefordert, in Westberlin 7,5 Prozent und in Niedersachsen 7,8 Prozent. In vielen Fällen wurden zusätzlich Forderungen nach Verbesserung der unteren Lohnkategorien gestellt. Im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden wurde außerdem ein Tarifvertragsentwurf zur Besitzstandssicherung vorgelegt; ähnlich später auch in den Tarifbezirken von Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Im Tarifbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern wurde die Übernahme des Lohnrahmentarifvertrages II (1973 in Nordwürttemberg/Nordbaden in einem Streik durchgesetzt) gefordert. Der Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung greift die negativen Folgen von Rationalisierungsprozessen für die Einkommenssicherheit und -höhe der Arbeiter und Angestellten auf und soll die ständigen Abgruppierungen durch die dequalifizierenden Auswirkungen technologischer Veränderungen verhindern. In einer Broschüre der IG Metall zu diesem Tarifvertrag heißt es dazu: „In der seit 1974 anhaltenden Krise stehen Entlassungen, betriebliche Versetzungen und teilweise Abgruppierungen im Vordergrund. Dafür sind neben konjunkturellen Gründen hauptsächlich strukturelle und technologische Gründe ausschlaggebend (neue Fertigungsverfahren, straffere Arbeitsorganisa-

tion, neue Technologien) mit der Folge sprunghaft ansteigender Produktivität.“ Wie die zahlreichen Warnstreiks im Januar und Februar vor allem in Baden-Württemberg zeigten, besaßen diese Forderungen offensichtlich eine große mobilisierende Wirkung.

Nach ersten Warnstreiks am 23. und 24. Januar in Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart legten am 27. Januar, dem Tag der dritten Verhandlungsrunde, etwa 60 000 Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg die Arbeit nieder, davon allein 18 000 in 10 Mannheimer Betrieben. Da die Unternehmer der Gewerkschaftsforderung von 8 Prozent nur ein Angebot von 3,5 Prozent entgegneten, scheiterten die Verhandlungen. Dies wurde am 1. Februar auch vom Vorstand für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden bestätigt.

Als die Unternehmer in Nordrhein-Westfalen lediglich 3 Prozent anboten, kam es am 3. Februar in Dortmund und Bochum zu ersten Warnstreiks. Am 8. Februar protestierten Tausende der Howaldtwerke-Deutsche Werft in Hamburg und Kiel mit Warnstreiks und Demonstrationen.

Der entscheidende Durchbruch in dieser Lohnrunde gelang in der Tarifbewegung in den Seehäfen, die am 22. November 1977 begann. Die Gewerkschaft ÖTV hatte 9 Prozent Einkommensverbesserung und eine Anhebung der Schichtzulagen für die rund 20000 Beschäftigten gefordert. Außerdem wurden neue Eingruppierungsregelungen verlangt, die den durch die technische Entwicklung gestiegenen Qualifikationsanforderungen und neuen Arbeitsbelastungen Rechnung tragen. So liegt z. B. der „Containerisierungsgrad“ im Bremer und im Hamburger Hafen bei inzwischen etwa 25 Prozent. Bei einer Erhöhung des Umschlags wurde gleichzeitig aber die Beschäftigtenzahl reduziert.

Als in sieben Verhandlungsrunden und der anschließenden Schlichtung die Angebote der Unternehmer nicht über 5 Prozent hinausgingen, rief die ÖTV für den 19. und 20. Januar zur Urabstimmung auf. In der Abstimmung sprachen sich von fast 15000 Teilnehmern 97,12 Prozent für Kampfmaßnahmen aus. Am 25. Januar begann in sieben Häfen (Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Brake, Emden, Cuxhaven und Lübeck) ein geschlossen geführter Streik. Es war seit 1896 der erste umfassende Streik in deutschen Häfen, abgesehen von einem Arbeitskampf 1951 im Hamburger Hafen. Durch die Solidarität der ausländischen Brudergewerkschaften konnte weitestgehend ein Streikbruch durch andere europäische Häfen verhindert werden.

Ein Vermittlungsgespräch unter Leitung des Hamburger Bürgermeisters Klose am 28. Januar ergab eine Empfehlung, Löhne und Gehälter ab Februar um 7 Prozent zu erhöhen. Da die siebenprozentige Erhöhung sich nur auf 11 Monate bezog, bedeutete dies eine faktische Verbesserung von 6,4 Prozent. Die ÖTV beschloß, ab Montag den 30. Januar den Streik auszusetzen und empfahl für die Urabstimmung eine Annahme dieses Ergebnisses. Überraschenderweise sprachen sich in dieser zweiten Urabstimmung am 30. Januar von 15348 Beteiligten 8875 Gewerkschafter, das sind 57,8 Prozent, gegen die Annahme aus und nur 41,9 Prozent für diesen Abschluß. Nach den Regelungen der ÖTV war damit das Ergebnis abgelehnt, und neue Verhandlungen mußten beginnen, die dann noch eine Verbesserung von 115 DM für den Monat Januar ergaben. In der letzten Urabstimmung am 3. Februar stimmten dann 75,7 Prozent für eine Annahme. Mit diesem Ergebnis von fast 7 Prozent war ein deutliches Zeichen in dieser Tarifrunde gesetzt und wirksame Impulse für die Tarifbewegungen in Stahl- und Metallindustrie gegeben worden.

Die Folgen der technischen Rationalisierung in der Druckindustrie, aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen, standen im Mittelpunkt von Tarifverhandlungen, die die IG Druck und Papier u. a. gemeinsam mit der HBV mit den Unternehmerverbänden führte. Schon seit 1975 hatte die IG Druck einen Tarifvertrag zur Regelung der sozialen Folgen der neuen Technik gefordert, die die Arbeitsplätze der traditionellen Berufsgruppe der Setzer zu vernichten und die Arbeitsbedingungen insbesondere auch der Journalisten erheblich zu verschlechtern drohte. Ziel eines solchen Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung der elektronisch gesteuerten Texteingabe und -gestaltung war die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung beruflicher Qualifikationen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Nach längerer Vorarbeit und Abstimmung zwischen der IG Druck und Papier/dju und dem Deutschen Journalisten-Verband wurde ein ge-

meinsamer Tarifvertragsentwurf über die Einführung und Anwendung der neuen Technik in Redaktionen erstellt, dessen wichtigste Forderungen lauteten:

- Die Einführung elektronischer Geräte in den Redaktionen darf die journalistische Arbeit nicht beeinträchtigen.
- Die Bedienung elektronischer Geräte darf von Journalisten nur zum Schreiben oder Redigieren verlangt werden.
- Innerhalb der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit darf der Redakteur an diesen Geräten nicht länger als vier Stunden beschäftigt werden.
- Die wöchentliche Arbeitszeit der an diesen Geräten Beschäftigten beträgt 35 Stunden.
- Sollte durch die Arbeit an diesen Geräten für einen Redakteur eine unzumutbare Belastung entstehen, darf ihm aus der Ablehnung dieser Tätigkeit kein Nachteil erwachsen.

Nach sieben Verhandlungsrunden 1977 war es im November zu ersten Schlichtungsberatungen gekommen, die von einer Welle von Warnstreiks begleitet wurden. Bis zum 22. Dezember 1977 wurde nach Angaben der IG Druck und Papier in 153 Betrieben gestreikt. Insgesamt fielen 18 099 Stunden aus. Beteiligt waren an diesen Aktionen 14 584 Beschäftigte. Außerdem wurden in 130 Betrieben Überstunden verweigert.

Nachdem auch die Schlichtung gescheitert war und die Verhandlungen am 22. Dezember 1977 kein Ergebnis gebracht hatten, wurden für

den 19. und 20. Januar neue Beratungen vereinbart. Diese Verhandlungen wurden ebenfalls durch zahlreiche betriebliche Kampfaktionen vorbereitet und begleitet. Am 17. Januar wurde bei allen größeren hessischen Zeitungen die Arbeit niedergelegt, ebenso in Hannover bei Madsack. Am 18. Januar wurde in etwa 30 Betrieben der Bundesrepublik gestreikt, vor allem in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Allein in Bayern streikten über 2000 Druckarbeiter, davon 1300 in 8 Münchner Betrieben. Am 19. Januar konnte in München keine Zeitung erscheinen. Am 20. Januar erschienen keine Zeitungen in Frankfurt, Stuttgart und Düsseldorf und nur ein Drittel der Bild-Auflage in der Bundesrepublik.

Zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmervertretern wurden am 20. Januar „Leitsätze“ vereinbart, auf deren Grundlage eine Verhandlungskommission einen Tarifvertrag ausarbeiten sollte. Das Ergebnis dieser Beratungen entsprach aber in keiner Weise den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft und stieß in den Betrieben auf starke Kritik. Unter dem Eindruck von fast 60 Resolutionen und Warnstreiks in Frankfurt und Hamburg lehnten die Tarifkommission und am 3. Februar auch der erweiterte Hauptvorstand der IG Druck und Papier das unzureichende Verhandlungsergebnis ab.

Der Verlauf der Tarifbewegung und der Arbeitskämpfe Ende 1977 und in den ersten Monaten 1978 zeigt insgesamt eine erhebliche Zunahme der Streikaktivität gegenüber den Vorjahren. Zudem wurde sichtbar, daß sich bisher die lohnpolitische Strategie der Unternehmerorganisationen aufgrund des Widerstandes der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften nicht voll durchsetzen konnte. Alle bisherigen Tarifabschlüsse liegen über den einkommenspolitischen Orientierungsdaten von Wirtschaftsinstituten, Sachverständigenrat und Bundesregierung.

Lohn- und Gehaltsabschlüsse im Herbst 1977 und Januar 1978

Gewerkschaft	Bereich und Anzahl der Beschäftigten	Gültigkeit ab	Inhalt des Abkommens
IG Chemie	papiererzeugende Industrie (60 000)	ab 1. 9. 1977	zwischen 5,9 und 6,1 Prozent
IG Chemie	Glasindustrie (80 000)	ab 1. 10. 1977	6,7 Prozent
Gewerkschaft	Karosseriebauhandwerk in Niedersachsen und Bremen	ab 1. 10. 1977	6,65 Prozent Lohn- und Gehaltsverbesserung
Holz und Kunststoff	– Hamburg	ab 1. 10. 1977	6,8 Prozent
"	– NRW	ab 1. 10. 1977	6,3 Prozent
"	Tischlerhandwerk Hessen	ab 1. 1. 1978	6,3 Prozent
"	Tischlerhandwerk NRW	ab 1. 10. 1977	5,6 Prozent,
"	Tischlerhandwerk und holz- und kunststoffverarbeitende Industrie Berlins	ab 1. 4. 1978	weitere 0,9 Prozent
"	Serienmöbel-Handwerk und holzverarbeitende Industrie (NRW) (70 000)	ab 1. 1. 1978	5,6 Prozent
ÖTV	Seehäfen (20 000)	ab 1. 2. 1978	weitere 0,8 Prozent, 1978 1 Tag mehr Urlaub
Gewerkschaft Leder	Schuhindustrie (55 000)	–	zusammen 5,99 Prozent
		ab 1. 1. und 1. 7. 1978	7 Prozent, für Januar 115 DM
		ab 1. 2. 1978	5,7 Prozent

3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbstätigen ist – entgegen den Erwartungen – 1977 weiter zurückgegangen. Vor allem im zweiten Halbjahr war die Beschäftigung insgesamt rückläufig.

Erwerbstätigkeit¹

	1976	1977
Erwerbstätige	25 088	24 980
Darunter:		
Abhängige	21 288	21 300
Selbstständige	3 600	3 680
Registrierte Arbeitslose	1 060	1 030
„Stille Reserve“	614	656
Abgewanderte Ausländer ²	300	410

¹ In 1000

² Ein schließlich mitihrender Familienangehöriger

3 Seit 1973, addierte Jahresergebnisse
(Quelle: DIW-Wochenbericht 3-4/1978, S. 40; Jahrestatistiken 1977/78 des Sachverständigenrats, S. 64)

Berücksichtigt man auch die ausländischen Arbeiter, die die Bundesrepublik verlassen haben, so waren 1977 im Jahresdurchschnitt etwa 2,1 Millionen Erwerbspersonen arbeitslos.

Die vorliegenden Prognosen gehen für 1978 sogar von einer Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit aus. Dabei wird in Rechnung gestellt, daß sich die Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte immer mehr verlangsamt. Schon jetzt leben in der Bundesrepublik mehr als eine Million Kinder ausländischer Familien, die nach und nach auf den Arbeitsmarkt der BRD drängen.

Außerdem werden 1978 mehr als 900 000 Schulabgänger Ausbildungs- oder Arbeitsplätze suchen, gut 50 000 mehr als 1977.

Auf der anderen Seite aber werden beim gegenwärtigen Wachstums- tempo zusätzlich Arbeitskräfte freigesetzt, da die Arbeitsproduktivität stärker steigt als die Produktion.

Unter dem Druck dieser „Beschäftigungsklemme“, die nur durch entschlossene beschäftigungspolitische Maßnahmen gelockert werden könnte, verschärft sich die Tendenz zur Verdrängung bestimmter „lei-

stungsschwächerer" Beschäftigtengruppen vom Arbeitsmarkt. Betroffen sind ältere Arbeiter und Angestellte, Jugendliche, Frauen und gesundheitlich Geschädigte, Ungelehrte und Schulabgänger.

Merkmale der Arbeitslosigkeit¹

	September 1976	September 1977
Ohne Berufsausbildung	52,3	53,2
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	24,9	26,8
Ohne Berufserfahrung	5,9	8,6
Langfristige Arbeitslose ²	17,9 (4,3)	18,6 (6,9)

1 Anteile in %

2 Arbeitslosigkeitsdauer über 1 Jahr, in Klammern über 2 Jahre

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Ifd.)

Damit wächst die Gefahr der „Amerikanisierung“ der Arbeitslosigkeit, d. h. der Herausbildung einer Gruppe von sozial deklassierten Arbeitern, die nur sporadisch Arbeit finden und so an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Auch die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt belegt die eher pessimistischen Zukunftserwartungen.

Arbeitsmarkt 1977/78

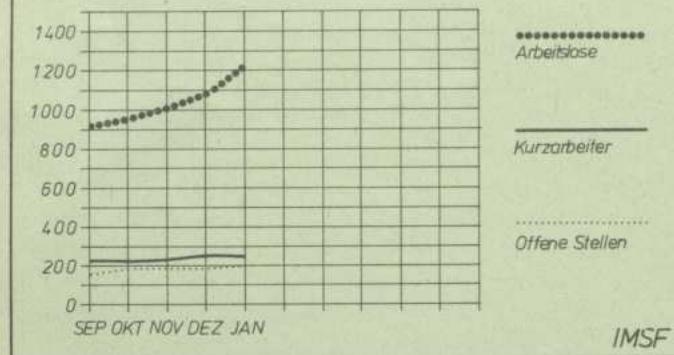
	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (1)	Offene Stellen (1)	
	(2)	(2)	(2)	
1973	273	+ 27	44	- 32
1974	582	+ 309	292	+ 248
1975	1074	+ 492	773	+ 481
1976	1060	- 34	277	- 496
1977	1030	- 30	231	- 46
September	911	+ 12	158	+ 64
Oktober	954	+ 11	198	+ 58
November	1004	+ 19	234	+ 66
Dezember	1091	+ 1	258	+ 44
Januar	1214	- 35	251	- 18

(1) In 1000

(2) In 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsbericht der deutschen Bundesbank, 2/78, S. 65*)

Arbeitsmarkt 1977/78 in Tausend



Im zweiten Halbjahr 1977 lag auch die registrierte Arbeitslosigkeit leicht über dem Vorjahresstand. Allein das bis Ende Januar relativ milde Winterwetter hat den saisonalen Anstieg der Winterarbeitslosigkeit etwas verringert. Konjunkturrell ist dagegen keine Verbesserung festzustellen.

Mit der festgestellten „Verschlechterung“ der Struktur der Arbeitslosigkeit ist eine Senkung des Lebensstandards der Betroffenen verbunden. Das stellt auch eine mit großem propagandistischem Aufwand veröffentlichte „Studie“ des Sozialministeriums von Rheinland-Pfalz (CDU) fest. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß zwischen 300 000 und 700 000 (!) Haushalte von Arbeitslosen unterhalb der „Armutsgrenze“, d. h. unterhalb der Sozialhilfesätze leben. Der Zweck der äußerst schlampig gemachten „Analyse“ – das belegt schon die Schwankungsbreite zwischen 300 000 und 700 000 – ist demagogischer Natur: agitatorisch gegen die Bundesregierung gerichtet, soll sie gleichzeitig

„beweisen“, daß Armut keine Klassenfrage mehr ist, daß es eine „neue soziale Frage“ gibt. Denn selbstverständlich fallen vor allem Kinderreiche, Unqualifizierte, alleinstehende Frauen mit Kindern in die Kategorie der „Armen“. Ursache ihrer Armut ist jedoch tatsächlich die Arbeitslosigkeit, d. h. aber die Abhängigkeit, die Besitzlosigkeit – nicht etwa der Kinderreichtum oder das Geschlecht. Die CDU beweist tatsächlich das, was sie eigentlich widerlegen wollte: das Verhältnis zum Eigentum als Grundfrage von „arm“ und „reich“.

Ebenfalls entgegen der ursprünglichen Absicht belegt die „Untersuchung“ aber nicht nur, daß Arbeitslose ohne weiteres unter die „Armutsgrenze“ rutschen können. Sie zeigt auch, wie knapp viele Löhne und Gehälter darüber liegen, wie wenig also einen großen Teil der Arbeiter und Angestellten von der „Armut“ trennt.

Dazu einer der Beispiele der „Untersuchung“. (Sie erschöpft sich in der Aufzählung solcher Fälle.) Einige notwendige Zusatzberechnungen wurden hinzugefügt.

Beispiel: Metallarbeiter im Stahl- und Leichtmetallbau, verheiratet, 1 Kind (16 bis 21 Jahre), Miete 475,- DM.

Beschäftigt	Langfristig arbeitslos
Monatlicher Bruttolohn	Arbeitslosenhilfe
Nettolohn	Kindergeld
Kindergeld	Wohngeld
Verfügbares Einkommen	Verfügbares Einkommen
Sozialhilfe	DM 1444,-

(Quelle: „Begleiter der Arbeitslosigkeit: Abstieg und Armut“, Sozialministerium Rheinland-Pfalz, S. 15; eigene Berechnungen)

Das Sozialministerium stellt fest, daß der Arbeitslose mit seinen Bezügen um 32 Prozent unter dem Sozialhilfesatz liegt.

Wir aber können zusätzlich feststellen, daß er sogar mit seinem Nettoarbeitsgehalt bei Vollbeschäftigung – dessen Höhe nennt die Untersuchung selbst erst gar nicht – ebenfalls noch deutlich unter der „Armutsgrenze“ liegen würde. Tatsächlich dürfte auch der beschäftigte Metallarbeiter – auch das nennt die Untersuchung nicht – für ein Ausbildung befindliches Kind eine Ausbildungsbeihilfe und nach der Regelung der Einkommensgrenzen vom Januar 1978 auch ein Wohngeld erhalten, so daß sein verfügbares Einkommen dadurch noch erhöht würde.

Doch auch dann muß festgestellt werden, daß die 170 Stunden Arbeit im Monat dem betreffenden Metallarbeiter mit allen öffentlichen Zuwendungen zusammengekommen nur wenig mehr als den Sozialhilfesatz bringen, der seinerseits nur den Grundbedarf deckt. Es sind nur wenige hundert Mark, die den vollbeschäftigten Arbeiter von der so definierten Armut trennen.

So verstanden ist die Untersuchung – sicher entgegen den Absichten der Autoren – ein Plädoyer für kräftige Lohnerhöhungen und darüber hinaus eine Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem, das solche Zustände trotz großem Reichtum möglich macht.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 2. 1978 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatsschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zuzügl. 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.